

FBPL: Beitrag zur Sauberhaltung des Finanzplatzes – akute Probleme bewältigen

FBPL-Fraktionserklärung zu Sorgfaltspflichtgesetz, Strafgesetzbuch, Strafprozessordnung und Rechtshilfegesetz

Die Bürgerpartei setzte sich während der Landtagsdebatte für eine Sauberhaltung des Finanzplatzes Liechtenstein ein. Nachfolgend die Fraktionserklärung im Wortlaut, welche Fraktionssprecher Gebhard Hoch zu Beginn der Debatte abgab.

Die Bürgerpartei, FBPL, setzt sich für einen sauberen Finanzplatz ein. Sie hat sich auch in der Vergangenheit immer dafür stark gemacht.

So wurde in den sechziger Jahren unter der damaligen FBPL-Regierung das Erfordernis des inländischen Verwaltungsrates eingeführt, in den siebziger Jahren die grosse Revision des Gesellschaftsrechts, welche weitergehende Pflichten für den inländischen Verwaltungsrat und die Buchführungs- und Kontrollstellenpflicht für kommerziell tätige Gesellschaften verlangte. Im Dezember 1992 reichten die Abgeordneten der Bürgerpartei eine Motion betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches ein, aufgrund welcher der Straftatbestand der Geldwäscherei eingeführt wurde. Ferner reichten Abgeordnete der Bürgerpartei im November 1993 ein Postulat betreffend die Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes ein mit dem Ziel, die schon damals wiederholt zur Kenntnis gelangten strukturellen und organisatorischen Probleme beim Landgericht zu beheben. Leider ist dieses Postulat bis heute nicht umgesetzt worden. Mit dem Postulat der FBPL vom Oktober 1999 wurde die Regierung eingeladen, in Bezug auf den Banken- und Finanzplatz Liechtenstein zukunftsgerichtete Konzepte auszuarbeiten und Massnahmen vorzuschlagen, die den durch die Öffnung veränderten Marktstrukturen gerecht werden, eine nachhaltige Entwicklung des Finanzplatzes ermöglichen und die darauf abzielen, den bestehenden Qualitätsstandard zu erhalten bzw. zu verbessern.

Umsicht und Bedacht bei der Rechtssetzung sind für den Finanzplatz Liechtenstein oberstes Gebot. Die Rechtschöpfung auf diesem Gebiet ist eine anspruchsvolle Arbeit, welche nationalen



Fraktionserklärung der FBPL zum Finanzplatz Liechtenstein: Gebhard Hoch bot der Regierung Zusammenarbeit an, kritisierte aber auch die Vorgehensweise.

Bedürfnissen und den internationalen Kontext zu beachten hat. Positive Zeichensetzung an die internationale Staatengemeinschaft ist gerade in der heutigen Situation richtig und notwendig.

Nicht Grundsätze über Bord werfen

Wie eingangs erklärt, unterstützt die FBPL alle Massnahmen, die zur Sauberhaltung Liechtensteins als Finanzplatz beitragen. Dies ist auch heute der Fall.

Die Ausgewogenheit der gesetzgeberischen Massnahmen ist für Liechtenstein von grundlegender Bedeutung. Die Gesetze müssen klar, eindeutig und in der Praxis vollziehbar sein. Liechtenstein hat einen hohen Standard der Gesetzgebung und der Sorgfaltspflicht im Finanzdienstleistungssektor. Unsere Gesetzgebung weist europäischen Standard auf, wie die Regierung seit letzten Herbst immer wieder betont hat.

Das heisst für uns nicht, dass wir Gesetzesänderungen, z.B. im Bereich der Sorgfaltspflicht oder der Rechtshilfe, nicht unterstützen würden. Mit diesen Massnahmen soll das Finanzdienstleistungsgeschäft und das Bemühen um ei-

nen sauberen Finanzplatz gestützt und weitergeführt werden. Es ist darauf zu achten, dass unter dem zeitlichen Druck dieser Gesetzesänderungen nicht Grundsätze – wie z.B. der Schutz unbeteiligter Dritter im Rechtshilfeverfahren – über Bord geworfen werden, Grundsätze, die Liechtenstein über Jahrzehnte hochgehalten hat und die wesentliche Grundlage bilden für die gute Entwicklung unseres Finanzdienstleistungssektors und für das in unser Land gesetzte Vertrauen. Die Umsetzung der rechtlichen Kontroll- und Sanktionierungsmöglichkeiten sowie der zum Teil mangelhafte Vollzug durch die staatlichen Organe ist der hauptsächliche Kritikpunkt aus dem Ausland. Eine qualitativ hochstehende Rechtshilfe, die auf unsere spezifische Situation Rücksicht nimmt, ist im Interesse unseres Gesellschaftswesens unerlässlich.

Das Rechtshilfegesetz ist schon seit längerer Zeit in Überarbeitung. Unzulänglichkeiten wurden erkannt. Landrichter Dr. Benedikt Marxer, der sich mit grossem persönlichen Einsatz und Kompetenz immer wieder für die Belange der Rechtspflege eingesetzt

hat, machte schon vor Jahren auf Mängel in der Rechtspflege aufmerksam. Speziell hingewiesen sei auf seinen Beitrag in der Liechtensteinischen Juristenzeitung unter dem Titel «Quo Vadis Rechtshilfe?»

Zeichen der Zeit zu spät erkannt

Wir müssen uns nun gemeinsam für eine Verbesserung der Situation einsetzen. Trotzdem dürfen wir als Opposition berechnete Kritik nicht verschweigen.

Die Regierung hat die Zeichen der Zeit zu spät erkannt! Sie ist jetzt zu unserem grossen Schaden von den Ereignissen überrollt worden.

Liechtenstein droht heute als einzigem europäischen Land, auf die schwarze Liste der FATF (Financial Action Taskforce) gesetzt zu werden.

Obwohl der Finanzdienstleistungsplatz in den letzten Jahren enorm gewachsen ist, hat die Regierung es versäumt, den Bereich Wirtschaftskriminalität der Polizei aufzubauen. Daraus resultiert, dass ausländische Polizeikräfte und Staatsanwälte panikartig herbeigerufen wurden. Das hat im Ausland ebenso grosses Aufsehen und Beunruhigung erweckt und Fragen nach unserer Souveränität und unserer Fähigkeit, diesen Finanzplatz umsichtig zu verwalten und mit qualifizierten Leuten zu besetzen, hervorgerufen. Das Funktionieren des Rechtsstaates wird in Frage gestellt, und auch die Bevölkerung sieht sich durch die Ereignisse verunsichert. Dafür trägt die Regierung die Verantwortung.

Wir haben uns immer für eine starke, unabhängige Justiz, die Gesetze lückenlos vollzieht, eingesetzt. Wenn Entwicklungen eintreten, welche die Gerichte überfordern, ist es in erster Linie Aufgabe der Regierung, entsprechende Massnahmen rechtzeitig einzuleiten. Die Regierung hat auch hier die Zeichen der Zeit zu spät erkannt.

Ich möchte es nicht versäumen, an dieser Stelle ausdrücklich denjenigen Vertretern unserer dritten Gewalt, der Justiz, Dank und Anerkennung auszusprechen, die ihre Aufgaben mit grossem Einsatz, fachlich einwandfrei und mit persönlicher Integrität erfüllt haben, den Inländern, wie den zahlreichen

Ausländern, welche Richteraufgaben in allen Instanzen erfüllen und die Integrität und Unabhängigkeit unserer Justiz garantieren.

In diesen schwierigen Zeiten hat auch unsere Aussenpolitik versagt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass bis vor kurzem die Gefahren nicht erkannt wurden und jetzt in panischer Hast versucht wird, alles auf einmal zu tun. Es wird nicht mehr mit Besonnenheit agiert. Wo sind unsere Verbindungen und unsere Freunde? Die Koordination, Transparenz und langfristige Planung der Aussenpolitik sind nicht erkennbar.

Ein weiteres Beispiel an unkoordiniertem und wenig kompetentem Handeln ist die Medienpolitik unseres Landes, von Seiten unserer Regierung und allen, die sich daran beteiligen. In ihrer Qualität fragwürdige Medien wurden mit Interviews gefüttert. Prozesse von staatswegen gegen einflussreiche Medien grösster und wichtigster Nachbarn, die nur zu verlieren waren, sind Kapitalfehler staatlicher Medienpolitik. Es ist ein Trugschluss, zu glauben, man könne Medien instrumentalisieren. Dazu kommen die Indiskretionen und Lecks für vertraulichste Berichte, die im Handumdrehen bei den Medien waren, bis heute nur offiziell bedauert, aber nicht aufgeklärt.

Angebot zur Mitarbeit

Die FBPL und deren Landtagsfraktion werden trotz der vorgebrachten, berechtigten Kritik ihren grösstmöglichen Beitrag leisten, um die akuten Probleme zu bewältigen. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die Idee unserer Partei, einen hochkarätigen Expertenrat einzusetzen und erneuere unser Angebot zur Mitarbeit. Es widerspricht den Interessen unseres Landes, wenn in einer so schwierigen Situation, wie wir sie heute haben, die Opposition nicht frühzeitig und in gebührender Weise einbezogen wird. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, dass die höchsten Repräsentanten unseres Staates im übergeordneten Interesse diese Krise gemeinsam bewältigen. Zusammen sollten wir es schaffen. Die Fraktion der FBPL ist für Eintreten auf die Gesetzesvorlagen.

Revisionen allseits begrüsst...

Zusammenfassung der Fraktionserklärungen von VU und Freier Liste

Während die Fraktionserklärung der Bürgerpartei auch kritische Elemente zum bisherigen Vorgehen der Regierung beinhaltet, betonte VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger in der Erklärung seiner Parteikollegen, dass es nicht übertrieben sei, «von der schwersten Krise unseres Finanzplatzes seit dem Zweiten Weltkrieg zu sprechen». Dennoch betonte er, dass die Regierung schon seit geraumer Zeit beschäftigt sei, entsprechende Gesetzesänderungen für den Finanzplatz auszuarbeiten.

Peter Kindle

«Wir, die Landtagsfraktion der Vaterländischen Union, stehen zu einem liberalen und qualitativ hochstehenden Finanzdienstleistungssektor in unserem Land. Die anstehenden Gesetzesänderungen nehmen wir vor, weil wir in Liechtenstein dies als richtig erachten», stellte Peter Sprenger in der VU-Fraktionserklärung fest. Jedoch müsste die Ausgestaltung der Gesetze auf einer autonomen Entscheidung unseres Landes beruhen, um gerade Seriosität und Ehrlichkeit für den Finanzplatz zu manifestieren. In der VU-Fraktionserklärung wurde darauf Wert gelegt, die Liberalität des Finanzplatzes aufrecht zu erhalten, jedoch aber die Gefahr von Missbräuchen mit geeigneten Mitteln zu bekämpfen. Peter Sprenger wollte zudem klar-

stellen, dass die Bemühungen der Gesetzesänderungen bereits vor zwei Jahren begonnen hätten. Die jetzige Behandlung im Landtag sei nicht nur aufgrund des enormen Druckes von Seiten des Auslandes zustande gekommen, sondern sei «durch die Ereignisse seit dem Spiegelbericht und dem so genannten BND-Dossier des Herbstes 1999 lediglich beschleunigt worden».

Standard ausbauen

«Kurz zusammengefasst geht es bei diesen Massnahmen um die Schaffung eines neuen griffigeren Rechtshilfegesetzes, Verbesserungen der Geldwäschereibestimmungen im Strafgesetzbuch und um eine Verschärfung des Sorgfaltspflichtgesetzes, indem die Sorgfaltspflichten der in diesem Bereiche tätigen Personen noch einmal ausgeweitet werden, und zwar auf einen Standard, der sich mit demjenigen anderer grösserer Länder durchaus messen kann. Namhafte Experten sind der Ansicht, dass bei einer Realisierung und Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen der liechtensteinischen Lösung sogar Vorbildcharakter zukäme. Als zweite ebenso wichtige Massnahme sind Verbesserungen im Vollzug zu realisieren. Dies bedingt personelle Aufstockungen bei der Landespolizei, dem Amt für Finanzdienstleistungen, bei der Justiz und bei der Staatsanwaltschaft»,

betonte Peter Sprenger. «Wir wollen keine Gelder aus Betrug, Geldwäscherei und ähnlichen Delikten».

Glaubwürdigkeit anstreben

Christel Hilti, Ersatzabgeordnete der Freien Liste stellte fest, dass die Gesetzesänderungen im Ausland mit Argusaugen begutachtet würden. «Und dies ist wahrscheinlich die letzte Chance, wenn wir glaubwürdig sein wollen».

Christel Hilti liess es sich in ihrem Votum nicht nehmen, auch massive Kritik an die Adresse der Regierung zu richten, als unser Land mit Anschuldigungen aus dem Ausland konfrontiert wurde: «Von Seiten der Regierung wurden die Anschuldigungen zuerst entschieden zurückgewiesen mit Erklärungen, unsere Gesetze entsprächen den gestellten Anforderungen, deren Vollzug sei gewährleistet. Diese Töne wurden nach und nach vorsichtiger, Lücken in der Gesetzgebung wurden zugegeben und Verbesserungen in Aussicht gestellt».

Paratreuhänder eliminieren

Der Freien Liste seien auch die sogenannten «Paratreuhänder» ein Dorn im Auge. Dieser Status müsse eliminiert werden. Es könne nicht angehen, konzessionierte Treuhänder hohen Anforderungen zu unterwerfen, während Unqualifizierte von Gesetzen nicht betroffen seien.

-«Technische» Debatte

Gesetzesrevisionen: 1. Lesung – Viele Anregungen

In einer mehrstündigen Debatte wurden die relevanten Gesetzesänderungen, welche von der Regierung vorgeschlagen wurden, Artikel für Artikel von den Parlamentariern genauestens unter die Lupe genommen. Die Regierung erhielt somit vom Landtag den Auftrag, entsprechende Änderungen im Sinne der Anregungen und Kritik auf die zweite Lesung hin vorzubereiten.

Peter Kindle

Mit Ernsthaftigkeit wurden die entsprechenden Vorschläge für Gesetzesänderungen im Bereich des Finanzdienstleistungsplatzes Liechtenstein von den Parlamentariern geprüft. Etliche Vorschläge für Verbesserungen in den Bereichen der Sorgfaltspflicht, der Rechtshilfe in Strafsachen und des Strafgesetzbuches wurden im Parlament besprochen.

Einigkeit aller Parteien

Während der Debatte war Einigkeit zwischen allen im Landtag vertretenen Parteien zu spüren: Der Finanzplatz Liechtenstein soll erhalten bleiben, allerdings unter veränderten Vorzeichen. Gesetzesänderungen seien absolut nötig, um im Ausland wieder an Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Die Regierung musste sich auch Kritik gefallen lassen: Obwohl Regierungschef Mario Frick und Justizminister Heinz Frommelt immer wieder beteuerten, dass die Gesetzesänderungen nicht aufgrund der ausländischen Angriffe auf Liechtenstein angestrebt werden, wurden die Regierungsvertreter immer wieder mit derartigen Anschuldigungen konfrontiert.

Rechtshilfe: Probleme im Vollzug und im Gesetz

Regierungsrat Heinz Frommelt erklärte während der Debatte, dass es richtig sei, «dass Probleme bestehen». Im Bereich «Rechtshilfe in Strafsachen» sei das Image für Liechtenstein derzeit zerstörend, vor allem wenn man den trägen Instanzenzug betrachte. Schon im Jahre 1998 sei eine entsprechende Kommission eingesetzt worden, welche sich mit der Ausarbeitung eines neuen Rechtshilfegesetzes befasste – die neue Ausgestaltung des Rechtshilfegesetzes sei nicht unter dem Druck des Auslandes entstanden. Der FBPL-Abgeordnete Marco Ospelt meinte zu dieser Aussage, dass «die Kommission in diesem Fall sehr lange Zeit gebraucht hat, um die österreichische Vorlage abzuschreiben».